



der Hauptstadt Bischkek

gekippt und seine Entscheidung erst auf Druck des Präsidenten revidierte. Die Abkommen sehen die Übergabe eines umstrittenen Gebiets von etwa 125 000 Hektar Größe an China vor. Das Entgegenkommen, hofft der Staatschef, werde lebenswichtige Investitionen für das Land sichern, das der Westen wegen Akajews Reformideen vor zehn Jahren vorschnell zur „Schweiz Mittelasiens“ erklärt hatte. China soll in den Ölsektor investieren, sich am Bau einer Eisenbahnstrecke beteiligen und bei festgefahrenen Verhandlungen über einen kirgisischen Stromexport einlenken. Die angeblich „volksfeindliche und verbrecherische“ Gebietsübergabe an Peking mobilisierte Tausende Demonstranten – und verschärfte so jene Krise, die das Land seit dem Frühjahr erschüttert. Die rigorose Verfolgung von Oppositionellen hatte bereits Dauerproteste gegen den „Verfall des Staates“ ausgelöst. Nachdem die Polizei Demonstrationen erschoss, zog Akajew die Notbremse: Er wechselte die Regierung aus.

seit längerem, mit Hilfe der Ukraine seine Flugabwehr zu modernisieren. Die Regierung in Kiew weist diesen Verdacht allerdings zurück. Aber US-Geheimdienste verfügen über Aufzeichnungen von Gesprächen, in denen der Irak sehr konkrete Waffen-Wünsche äußert. So soll Bagdads Vizeministerpräsident Hikmat Misban al-Asawi erst vor wenigen Wochen die Ukraine besucht haben, um Waffentechnik einzukaufen. Zudem arbeiten Saddams Techniker am Ausbau der Bunkersysteme. In Tunneln entstehen Ersatzstudios für TV- und Radioausstrahlungen sowie Fluchträume für die Führung. Auch auf die Zerstörung der zahlreichen Brücken durch US-Bomben ist Saddam bereits vorbereitet. Damit das am Tigris gelegene Bagdad für die Führung nicht zur Falle wird, stehen Pontonbrücken bereit.

BOLIVIEN Krach um Koka-Kandidaten

In Lateinamerika wächst der Unmut über die Politik der US-Regierung in der Region. Für die Missachtung Washingtons gegenüber seinen südlichen Nachbarn geben die betroffenen Regierungen einer Schlüsselfigur im Außenministerium die Schuld. Der für Lateinamerika-Politik zuständige Otto Reich, ein gebürtiger Kubaner, ist ein konservativer Hardliner, der am liebsten jede Hilfe vom politischen Wohlverhalten abhängig machen würde. Jüngstes Beispiel für die harte US-Linie: Bereits vor der bolivianischen Präsidentenwahl Ende Juni hatte der dortige Botschafter gedroht, die Wirtschaftshilfe einzustellen, falls ein bestimmter Politiker an die Macht komme. Der undiplomatische Vorstoß war gegen den Kandidaten Evo Morales gerichtet, der als politischer Vertreter der Koka-Bauern Karriere gemacht hatte. Die USA befürchteten, seine Wahl könne ihren Kampf gegen das Rauschgift durchkreuzen. Ihre Botschaft wirbt deshalb im bolivianischen Kongress ganz offen für eine

Allianz gegen Morales. Abgeordnete und Senatoren müssen Anfang August in einer Stichwahl über den neuen Präsidenten entscheiden. Die lateinamerikanischen Staatschefs ihrerseits klagen hinter verschlossenen Türen über die Arroganz des US-Präsidenten. Bush verstehe nichts von Lateinamerika, in Washington herrsche seit dem 11. Sep-



Präsidentenwahlkandidat Morales

tember eine Bunkermentalität, kritisierte jüngst Brasiliens Präsident Fernando Henrique Cardoso. Auch in Argentinien wächst der Protest, da sich die USA gegen Finanzhilfen sperren. Sogar Mexikos Staatschef Vicente Fox, der sich besonders guter Beziehungen zu Bush rühmt, beklagt, dass Washington ein Abkommen zu Gunsten der illegalen mexikanischen Einwanderer verzögert.



Innenminister Sarkozy

FRANKREICH Knüppeln nach allen Seiten

Das starke Abschneiden des rechtsextremen Front-national-Führers Jean-Marie Le Pen bei der Präsidentschaftswahl zeigt umstrittene Nachwirkungen. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verabschiedete die neue konservative Regierung ein Programm

zur Bekämpfung der Kriminalität, das in weiten Teilen von dem ordnungsfanatikanischen FN-Chef inspiriert sein könnte. „Ich habe die Geister geprägt“, so Le Pen triumphierend. Trotz überaus angespannter Haushaltslage sind Mehrausgaben von über neun Milliarden Euro für die innere Sicherheit vorgesehen. Polizei und Gendarmerie, ohnehin weitaus massiver präsent als in Deutschland, bekommen 13 500 zusätzliche Dienststellen. „Schlagt nach allen Seiten los“, wies Innenminister Nicolas Sarkozy seine Truppen an. Die Offensive richtet sich vor allem gegen jugendliche Straftäter. So sollen schon 13-Jährige in Haft genommen werden, ab 10 Jahren sind „Erziehungsstrafen“ erlaubt. Minderjährigen Rückfalltätern drohen geschlossene Anstalten. Das Programm setzt fast ausschließlich auf Abschreckung. Die Integration schwieriger Jugendlicher, die größtenteils aus dem Milieu der maghrebinischen Einwanderer stammen, wird vernachlässigt. Sarkozys Motto: „Repression ist die beste aller Präventionen.“